Robert Vehrkamp, Michael Koß

Demokratiemonitor 2026

Legitimität und Performanz der Demokratie in Deutschland

Verlag BertelsmannStiftung

Robert Vehrkamp, Michael Koß

Demokratiemonitor 2026

Legitimität und Performanz der Demokratie in Deutschland

Verlag Bertelsmann**Stiftung**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnb.dnb.de abrufbar.

2., korrigierte Auflage 2026
© 2026 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Verantwortlich: Prof. Dr. Robert Vehrkamp
Lektorat: Paul Kaltefleiter
Herstellung: Jennifer Mettenborg
Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke
Umschlagabbildung: Montage: © Halfpoint – stock.adobe.com
Satz: Markus Diekmann, Bielefeld
Druck: Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG, Bielefeld
ISBN 978-3-68933-020-0 (Print)
ISBN 978-3-68933-021-7 (E-Book PDF)

Verlag Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
verlag@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

Demokratiemonitor im Überblick 4

Ergebnisse im Überblick 6

Modul 1: **Wahlen** **14**

Modul 2: **Partizipation** **24**

Modul 3: **Parteien** **34**

Modul 4: **Parlament** **44**

Modul 5: **Regierung** **54**

Modul 6: **Gewaltenteilung** **64**

Modul 7: **Bürgerrechte** **74**

Modul 8: **Öffentlichkeit** **84**

Anhang 95

Abbildungen und Tabellen 114

Über die Studie 116

Über die Autoren / Danksagung 117

Weiterführende Literatur 118

Demokratiemonitor im Überblick

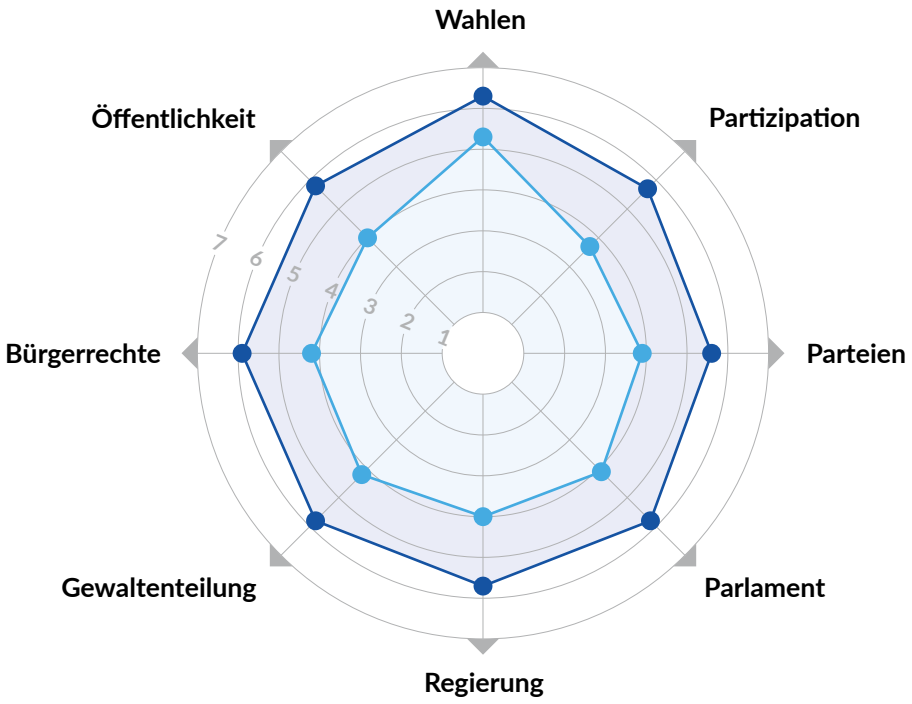


Abbildung 1

LEGITIMITÄT

Wie stark werden die Werte, Institutionen und Regeln der Demokratie von den Menschen unterstützt? Das messen die insgesamt 72 verschiedenen Fragen zur Legitimität der Demokratie.

PERFORMANZ

Wie gut funktioniert die Demokratie in Deutschland in der Praxis? Das messen die insgesamt 72 – den Legitimitätskategorien entsprechenden – Fragen zur Performanz der Demokratie.

FREIHEIT

Freiheit von Zwang und Freiheit zur Selbstbestimmung sind Voraussetzungen und Ziele von Demokratie. Jeweils zwölf Legitimitäts- und Performanzkriterien beziehen sich deshalb auf den Aspekt der Freiheit.

GLEICHHEIT

Gleichheit der Chancen und Zugänge für alle sind zur Freiheit gleichrangige Voraussetzungen und Ziele von Demokratie. Ebenfalls jeweils zwölf Legitimitäts- und Performanzkriterien beziehen sich deshalb auf Aspekte der Gleichheit.

KONTROLLE

Demokratische Selbstbestimmung setzt die Kontrolle der öffentlichen Dinge und derjenigen voraus, die sie ausüben. Weitere jeweils zwölf Legitimitäts- und Performanzkriterien beziehen sich deshalb auf die Dimension demokratischer Kontrolle.

MODUL 1: WAHLEN

Wie frei und fair sind die Wahlen in Deutschland? Wie sehr entsprechen sie den Standards demokratischer Wahlen und wie gut wird deren Einhaltung kontrolliert?

MODUL 2: PARTIZIPATION

Wie gut funktioniert die politische Partizipation in Deutschland, die den Menschen auch außerhalb von Wahlen politisches Engagement und Mitentscheidung ermöglicht?

MODUL 3: PARTEIEN

Wie wichtig sind Parteien für das Funktionieren der Demokratie? Wie gut funktionieren sie in Deutschland? Nehmen sie ihre Aufgaben wahr und wirken an der politischen Willensbildung mit?

MODUL 4: PARLAMENT

Wie gut funktionieren die gesetzgebenden Parlamente in Deutschland? Erfüllt der Deutsche Bundestag seine Aufgaben? Und wie steht es um die Akzeptanz seiner Arbeit in der Bevölkerung?

MODUL 5: REGIERUNG

Wie gut funktioniert die Technik des Regierens in Deutschland? Wird die Regierung als demokratisch und funktionsfähig wahrgenommen? Und wie hoch ist die Akzeptanz ihrer Arbeit?

MODUL 6: GEWALTENTEILUNG

Sind die Regierungen, Gerichte und die gesetzgebenden Parlamente in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig? Wie gut funktioniert die Gewaltenteilung in Deutschland?

MODUL 7: BÜRGERRECHTE

Gibt es genug Bürgerrechte in Deutschland? Und sind diese Rechte von den Bürger:innen hinreichend einfach, effizient und verlässlich vor unabhängigen Gerichten einklagbar?

MODUL 8: ÖFFENTLICHKEIT

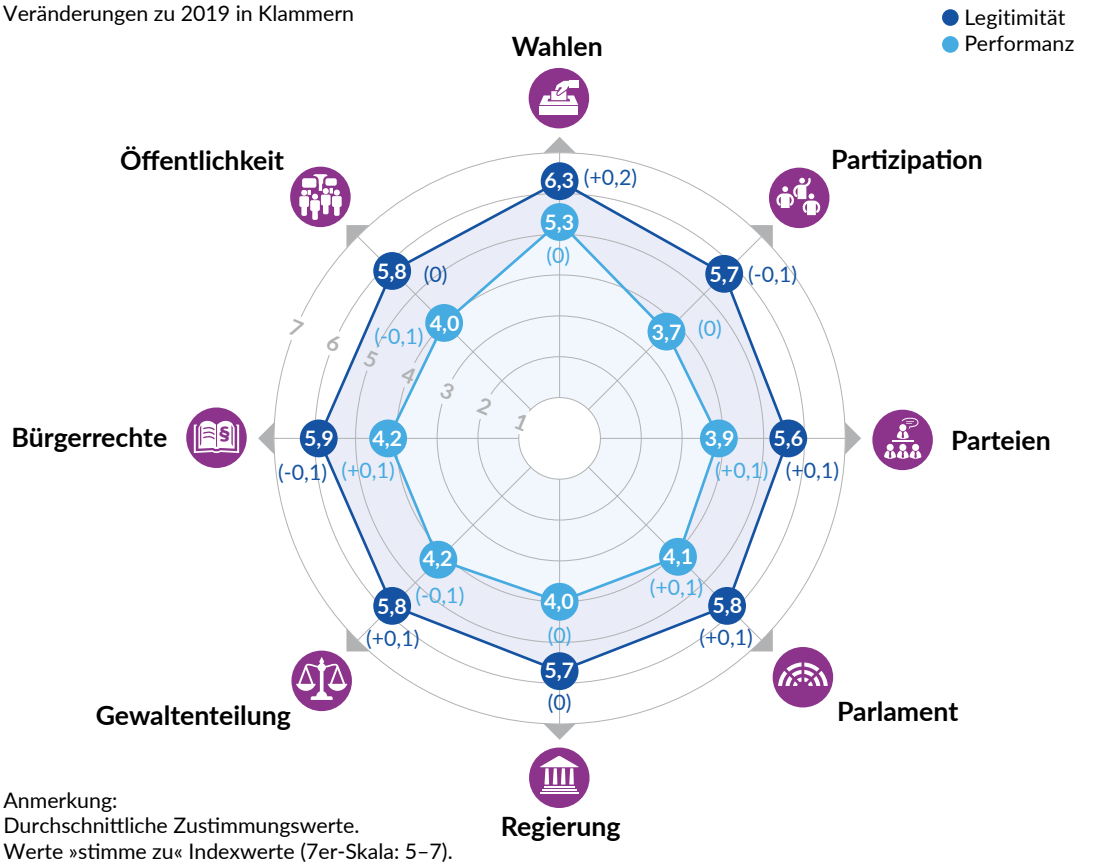
Wie gut funktionieren die öffentliche Debatte und der demokratische Diskurs in Deutschland? Nimmt die Öffentlichkeit ihre Kontrollfunktionen gegenüber der Politik ausreichend wahr?

Ergebnisse im Überblick

Die Legitimität und Akzeptanz demokratischer Werte, Institutionen und Regeln bleiben in Deutschland auf einem sehr hohen Niveau und nehmen im Zeitverlauf sogar leicht zu. Spitzenwerte erzielt dabei die Legitimität demokratischer Wahlen: Mehr als neun von zehn (91 Prozent) aller Deutschen stimmen den Werten und Regeln demokratischer Wahlen überdurchschnittlich stark zu. Das Gesamtbild aller acht Module des Demokratiemonitors zeigt: Das Fundament der liberalen Demokratie in Deutschland ist und bleibt stabil.

ABBILDUNG 2 **Indexwerte Legitimität und Performanz**

Veränderungen zu 2019 in Klammern



Anmerkung:
Durchschnittliche Zustimmungswerte.
Werte »stimme zu« Indexwerte (7er-Skala: 5–7).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, eigene Berechnungen.

Selbst der geringste Legitimitätswert aller acht Module liegt mit 77 Prozent Zustimmung für die Werte und Regeln demokratischer Parteien noch sehr hoch. Zwischen 77 Prozent (Parteien) und 91 Prozent (Wahlen) liegen die Zustimmungswerte in den sechs anderen Modulen des Demokratiemonitors: Partizipation (79 Prozent), Bürgerrechte (81 Prozent), Gewaltenteilung (82 Prozent), Regierung (83 Prozent), Parlament (83 Prozent) und Öffentlichkeit (83 Prozent). In sechs von acht Modulen liegen die aktuellen Legitimitätswerte 2025 sogar noch einmal um 2 bis 5 Prozentpunkte höher als im Vergleichsjahr 2019.

Deutlich schlechter zeigen sich dagegen die Performanzwerte für das praktische Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Zwar sind derzeit fast zwei Drittel (65 Prozent) aller Befragten auch mit dem praktischen Funktionieren der Wahlen überdurchschnittlich stark zufrieden. In allen anderen Modulen fällt die Zufriedenheit bei Performanzwerten zwischen 35 Prozent (Bürgerrechte) und lediglich 15 Prozent (Partizipation) jedoch deutlich schlechter aus. Aber auch die bereits im Jahr 2019 deutlich geringere Zufriedenheit mit ihrem praktischen Funktionieren hat die Legitimität und Akzeptanz der Demokratie bisher nicht beschädigt. Das lässt sich als Zeichen einer nicht nur stabilen, sondern auch resilienten Demokratie in Deutschland deuten.

Demokratische Legitimität: Hohe und stabile Zustimmungswerte für demokratische Werte und Institutionen

Demokratische Legitimität bezieht sich auf die Haltung Einzelner zu den Werten, Institutionen und Regeln der Demokratie. Empirisch messbar ist Legitimität als Zustimmung der Menschen zu eben diesen demokratischen Grundwerten und Institutionen und als deren Akzeptanz. Legitimität zielt damit im Kern auf die Übereinstimmung der Befragten mit den wichtigsten demokratischen Werten und Institutionen ab. Im Demokratiemonitor wurden diese Legitimitätszuschreibungen in zwei identischen Repräsentativbefragungen in den Jahren 2019 und 2025 anhand von insgesamt je neun verschiedenen Legitimitätskategorien in acht verschiedenen Demokratiemodulen gemessen – also mithilfe von insgesamt 72 verschiedenen Einzelfragen zur demokratischen Legitimität.

In allen acht Modulen des Demokratiemonitors haben jeweils mehr als drei Viertel aller Deutschen den abgefragten Legitimitätskategorien überdurchschnittlich stark zugestimmt. Der Spitzenwert in Höhe von 91 Prozent Zustimmung wurde im Modul Wahlen erreicht. Der geringste Legitimitätswert in Höhe von 77 Prozent zeigte sich im Modul Parteien. In beiden Modulen lagen die Zustimmungswerte im Jahr 2025 um jeweils 5 Prozentpunkte über den Werten des Vergleichszeitraums 2019. Zwischen den Werten für Wahlen und Parteien liegen die Zustimmungsquoten für die anderen sechs Module (vgl. Abbildung 3). In sechs der acht Module haben sich die Zustimmungswerte zur demokratischen Legitimität von ihrem ohnehin schon hohen Niveau in der aktuellen Befragung 2025 um weitere 2 bis 5 Prozentpunkte verbessert.

Als Indexwerte ergeben sich daraus auf einer Skala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 7 (»stimme voll und ganz zu«) für das Modul Wahlen ein Spitzenwert in Höhe von 6,3 und für das vergleichsweise schlechteste Modul Parteien ein Wert von immerhin noch 5,6 (vgl. Abbildung 2).

Im Gesamtbild zeigen sich damit für die Legitimität der Demokratie in Deutschland sehr hohe und im Zeitverlauf sogar noch einmal leicht verbesserte Zustimmungswerte. Niveau und Stabilität der Legitimitätszuschreibungen weisen auf eine bemerkenswert starke und stabile Verankerung der demokratischen Werte und Institutionen in der politischen Kultur der Deutschen hin.

Demokratische Performanz: Kritik am praktischen Funktionieren der Demokratie zeigt Handlungsbedarf

Deutlich schlechter als die Akzeptanzwerte zeigen sich die Performanzwerte, also die Bewertungen der Menschen zum praktischen Funktionieren der Demokratie in Deutschland. In allen acht Modulen liegen die Performanzwerte zum Teil sogar deutlich unterhalb der entsprechenden Legitimitätswerte. Abgefragt wurden auch hier alle insgesamt 72 verschiedenen demokratischen Legitimitätskategorien für die acht Module des Demokratiemonitors. Die Performanzfragen zielen aber nicht auf die Akzeptanz, sondern auf den Grad der praktischen Umsetzung und Einlösung der demokratischen Legitimitätsversprechen.

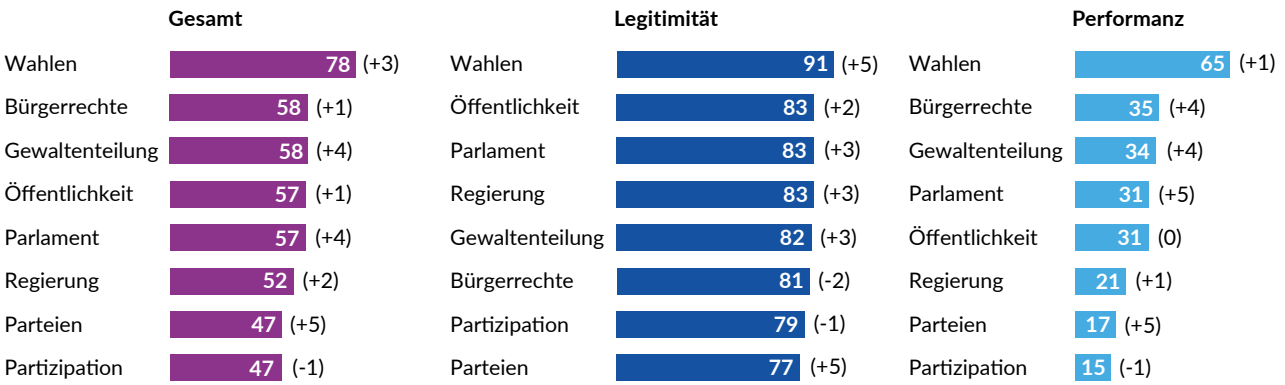
Gemessen an der überdurchschnittlich starken Zustimmung dazu, dass die Legitimitätsversprechen in der demokratischen Praxis auch ausreichend eingelöst sind, liegen die Performanzwerte in den acht Modulen zwischen immerhin 65 Prozent (Wahlen) und lediglich 15 Prozent (Partizipation). Dennoch liegen die durchschnittlichen Indexwerte auch für die Performanzbewertungen in allen acht Modulen auf der Skala von 1 bis 7 bei Werten deutlich oberhalb von 3.5 (vgl. Abbildung 2). Die Performanz, also das praktische Funktionieren der Demokratie, wird somit zwar schlechter bewertet als ihre Legitimität und weist auf einen zum Teil dringenden demokratiepolitischen Handlungsbedarf hin. Aber auch die praktische Umsetzung der Demokratie wird im Durchschnitt aller acht Module des Demokratiemonitors als immerhin überdurchschnittlich gut bewertet (4,2).

Demokratische Resilienz: Trotz schlechter Performanzbewertungen sogar leicht steigende Legitimitätswerte

Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse des Demokratiemonitors, dass schlechte Performanzbewertungen nicht automatisch auch zu schlechteren Legitimitätswerten führen. Eher sogar im Gegenteil: Etwa 85 Prozent derjenigen, die im Jahr 2019 das Funktionieren der Demokratie eher oder sogar sehr schlecht bewertet haben, schreiben ihr im Jahr 2025 eine häufig sogar leicht höhere Legitimität zu als diejenigen, die auch ihr Funktionieren besser bewertet haben.

ABBILDUNG 3 **Alle Module – Gesamt, Legitimität und Performanz**

Werte 2025 in Prozent, Veränderungswerte zu 2019 (in Klammern) in Prozentpunkten



Anmerkung: Durchschnittliche Zustimmungswerte in Prozent. Werte »stimme zu« (7er-Skala: 5–7) wurden addiert.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, eigene Berechnungen.

Das zeigt: Das Klagen über ein unzureichendes oder sogar schlechtes Funktionieren der Demokratie in der Praxis hat zumindest bisher ihre Akzeptanz nicht beschädigt. Wir bewerten das als ein Zeichen demokratischer Resilienz. Die meisten Menschen in Deutschland schätzen die Demokratie auch dann, wenn sie in der Praxis nicht perfekt funktioniert. Schlechte Performanzwerte allein sind deshalb auch noch kein ausreichender Beleg für eine Krise der Demokratie. Sie zeigen zunächst vor allem eine kritische Wahrnehmung demokratiepolitischer Defizite, die aufgegriffen werden sollten. Sie sind aber für sich genommen noch kein Grund für Alarmismus und überängstliche Krisendiagnosen. Demokratie ist und lebt von Kritik, und solange schlechte Performanzbewertungen ihre Legitimität und Akzeptanz nicht beschädigen, stehen sie eher für demokratische Resilienz als für Krise.

Fazit: Demokratie ist für die große Mehrheit der Menschen in Deutschland sehr viel mehr als ein Lieferservice

Die Ergebnisse des Demokratiemonitors 2026 zeigen: Trotz erheblicher Kritik am praktischen Funktionieren der Demokratie in Deutschland bleiben ihre Legitimitäts- und Akzeptanzwerte bei der großen Mehrheit aller Menschen in Deutschland im Zeitverlauf nicht nur stabil, sondern legen auf hohem Niveau sogar noch einmal leicht zu.

Wie ist das zu erklären und zu bewerten?

Der wichtigste Grund dafür dürfte sein, dass für die große Mehrheit aller Deutschen die Demokratie eben mehr ist als ein jederzeit auswechselbarer Lieferservice. Den Menschen scheint sehr bewusst zu sein, dass Demokratie ein anspruchsvolles und in der Praxis oft nicht perfekt zu realisierendes Konzept ist.

In diesem sehr realistischen Demokratieverständnis sehen wir eine wichtige Ressource für unsere Demokratie. Das stabile und widerstandsfähige Niveau der Legitimitätszuschreibungen, die wir trotz oder sogar wegen der gleichzeitig beklagten Funktionsmängel gemessen haben, deuten wir als ein Zeichen demokratischer Resilienz. Die hohe Zustimmung zu demokratischen Werten, Institutionen und Regeln wird verbunden mit dem Verständnis der Schwierigkeiten, ihnen in der praktischen Umsetzung immer und überall ausreichend gerecht zu werden. Funktionsdefizite der praktischen Demokratie werden erkannt, benannt und auch beklagt. Das führt aber zumindest bisher nicht zur Beschädigung ihrer Akzeptanz. Wir werten das als ein nicht selbstverständliches, aber erfreuliches und positives Markenzeichen der demokratischen Kultur in Deutschland.

Für unseren Diskurs und das öffentliche Reden über die Stabilität und die viel zitierte Krise unserer Demokratie weisen unsere Ergebnisse zum anderen darauf hin, dass Performanzbewertungen zum praktischen Funktionieren der Demokratie allein bestenfalls die halbe Wahrheit über ihren Zustand, ihre Stabilität und ihre Resilienz spiegeln. Der Zeitvergleich im Demokratiemonitor zeigt jedenfalls sehr klar, dass auch nachhaltig geringere und sogar schlechte Performanzwerte die Zustimmungswerte und Legitimität der Demokratie in Deutschland bislang nicht beschädigt haben.

Das muss nicht für immer so bleiben und macht demokratiepolitische Anstrengungen zur Verbesserung auch der Performanzwerte nicht überflüssig. Im Gegenteil: Sie sind notwendiger denn je. Unsere Ergebnisse sind kein demokratiepolitisches Ruhekissen. Aber als Zeichen für die Stabilität und Resilienz unserer Demokratie sollten sie auch nicht übersehen, unterschätzt oder kleingeredet werden.

WAHLEN

Freie und faire Wahlen sind für das Funktionieren von Demokratien gar nicht zu überschätzen. Sie sind die wichtigste Grundlage für das Funktionieren demokratischer Systeme. Ohne freie und faire Wahlen ist Demokratie nur schwer vorstellbar. Die Verankerung der Werte demokratisch legitimer Wahlen in den Überzeugungen und Einstellungen der Menschen ist deshalb für die Stabilität und Resilienz einer Demokratie von ebenso zentraler Bedeutung wie das Funktionieren der Wahlen in der Praxis.

Zusammenfassend zeigt sich im Wahlmodul: Die Legitimitäts- und Performanzwerte für Wahlen erreichen im Demokratiemonitor Spitzenwerte:

Mehr als neun von zehn (91 Prozent) aller Befragten stimmen den Grundwerten demokratisch legitimer Wahlen zu. Auf der Befragungsskala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 7 (»stimme voll und ganz zu«)ergibt sich für die Legitimität von Wahlen in Deutschland daraus ein aggregierter Indexwert in Höhe von 6,3. Auch bei den Performanzwerten liegen die Wahlen mit deutlichem Abstand zu allen anderen Modulen des Demokratiemonitors an der Spitze: Fast zwei Drittel (65 Prozent) aller Befragten sind mit dem Funktionieren der Wahlen zufrieden. Der Indexwert für die Performanz liegt auf einer Skala von 1 bis 7 bei 5,3. In der Gesamtbewertung stimmen fast acht von zehn (78 Prozent) der Befragten den Werten demokratischer Wahlen zu und sind gleichzeitig mit ihrem Funktionieren in der Praxis überdurchschnittlich zufrieden. Freie und faire Wahlen sind damit fest in der politischen Kultur der Deutschen verankert. Ihr Wert und ihr Funktionieren werden nur von einer verschwindend kleinen Minderheit infrage gestellt.

PARTIZIPATION

Partizipation ist politisches Engagement jenseits von Wahlen und Abstimmungen. Dazu gehören Bürgerdialoge und Beteiligungsverfahren ebenso wie Demonstrationen oder Bürgerinitiativen. Für eine aktive und lebendige Demokratie ist das politische Engagement vieler ebenso wichtig wie die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen. Die Verankerung partizipatorischer Werte und das praktische Funktionieren vielfältiger und inklusiver Partizipationsverfahren sind deshalb zentral für das Funktionieren einer Demokratie.

Auch im Modul Partizipation zeigt sich, dass zwischen den Legitimitäts- und Performanzwerten eine große Lücke klafft, dass also Anspruch und Wirklichkeit auseinanderfallen:

Fast acht von zehn (79 Prozent) der Befragten stimmen dem Wert politischer Partizipation für eine lebendige Demokratie zu. Das ist zwar ein sehr hoher Wert, aber dennoch der zweitschlechteste aller acht Module im Demokratiemonitor. Auf der Bewertungsskala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 7 (»stimme voll und ganz zu«) ergibt sich daraus für die Legitimität der Partizipation in Deutschland ein Indexwert in Höhe von 5,7.

Bei den Performanzwerten liegt der Zustimmungswert dagegen bei lediglich 15 Prozent. Das ist die schlechteste Performanzbewertung aller Module. Der Indexwert liegt auf einer Skala von 1 bis 7 bei mageren 3,7.

In der Gesamtbewertung ergibt sich daraus eine positive Einschätzung der Legitimität und des Funktionierens der Partizipation von lediglich knapp der Hälfte (47 Prozent) aller Befragten. Und auch für das Gesamturteil gilt: Es ist die schlechteste Gesamtbewertung aller Module im Demokratiemonitor.

PARTEIEN

Ohne Parteien sind repräsentativer Parlamentarismus und Demokratie nur schwer vorstellbar. Jedenfalls gibt es derzeit keine entwickelte Demokratie ohne Parteien. Obwohl Parteien zu den wahrscheinlich am häufigsten kritisierten Institutionen der repräsentativen Demokratie gehören – ohne sie scheint es nicht zu gehen. In der pluralistischen Demokratie haben sie deshalb einen hohen Stellenwert. Ihre Legitimität und ihr praktisches Funktionieren sind kritische Größen für jede Demokratie.

Auch bei den Parteien klafft, trotz erstaunlich guter und sogar leicht gestiegener Legitimitätswerte, zwischen ihrer Legitimität und der Bewertung ihres praktischen Funktionierens eine große Lücke:

Mehr als drei Viertel (77 Prozent) aller Befragten stimmen den Werten, Aufgaben und Zielen demokratischer Parteien zu. Das ist zwar der schlechteste Wert aller acht Module im Demokratiemonitor, aber dennoch ein angesichts der fast allgegenwärtigen Parteienschelte erstaunlich hoher und darüber hinaus im Zeitverlauf auch stabiler Wert. Der aggregierte Legitimitätsindex liegt bei 5,6. Bei den Performanzwerten, also dem praktischen Funktionieren der Parteien, zeigen sich dagegen lediglich 17 Prozent der Befragten zufrieden. Das ist der zweitschlechteste Performanzwert aller Module. Fast die Hälfte (49 Prozent) der Befragten zeigt sich nur unterdurchschnittlich zufrieden. Der Performanzindex der Parteien liegt bei lediglich 3,9.

In der Gesamtbewertung ergibt sich aus den Legitimitäts- und Performanzwerten eine positive Bewertung der Parteien bei immerhin fast der Hälfte (47 Prozent) aller Befragten.

PARLAMENT

Das Parlament ist die Herzkammer der repräsentativen Demokratie. Im parlamentarischen Regierungssystem verabschiedet es die Gesetze, wählt den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin, spricht der Regierung das Vertrauen oder Misstrauen aus, trägt und kontrolliert die Regierung, übt das Budgetrecht aus und prägt die Willensbildung der Bevölkerung. Keine Institution der repräsentativen Demokratie trägt so viel Verantwortung für ihr Gelingen wie das Parlament, das zudem allein direkt durch Wahlen legitimiert ist.

Bei sehr guten Legitimitätswerten klafft auch für den Bundestag eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit:

Mehr als acht von zehn (83 Prozent) der Befragten stimmen den wichtigsten parlamentarischen Funktionen und Grundwerten zu. Das ist der zweithöchste Legitimitätswert aller acht Module. Im Vergleich zum Jahr 2019 hat der Wert sich noch einmal um 3 Prozentpunkte verbessert. Auf einer Skala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 7 (»stimme voll und ganz zu«) entspricht das einem Indexwert in Höhe von 5,8. Das praktische Funktionieren des Parlaments wird dagegen nur von etwas weniger als einem Drittel (31 Prozent) aller Befragten überdurchschnittlich positiv bewertet. Der Wert hat sich gegenüber 2019 um 5 Prozentpunkte verbessert. Damit liegt das Parlament erneut im Mittelfeld der Performanzwerte des Demokratiemonitors. Als Indexwert ergibt sich für die Performanz ein Wert in Höhe von 4,1.

In der Gesamtbewertung sind immerhin fast sechs von zehn (57 Prozent) der Befragten mit dem Parlament überdurchschnittlich zufrieden. Auch hier liegt der Wert um 4 Prozentpunkte über dem Wert des Jahres 2019.

REGIERUNG

Zwischen Regierung und Parlament besteht im parlamentarischen Regierungssystem eine ganz besondere Beziehung, die gerne auch einmal falsch ausgelegt wird. Nach traditionellem Verständnis herrscht auch zwischen Exekutive und Legislative Gewaltenteilung. Im parlamentarischen System aber ist die Aufgabe der Parlamentsmehrheit, die Regierung zu tragen, und der Opposition, sie zu kontrollieren. Die Gliederung der Gewalten ist also etwas komplexer als im einfachen Modell einer schlichten Gewaltenteilung.

GEWALTENTEILUNG

Die Gliederung der Gewalten ist in parlamentarischen Demokratien etwas filigraner als im traditionellen Modell der strikten Gewaltenteilung. Faktisch handelt es sich eher um eine Gewaltenverschränkung. Der Bundestag ist in seiner Gesetzgebung zwar formal unabhängig von der Regierung, faktisch aber nicht. Zwischen Regierung und Parlament soll ein Machtgleichgewicht herrschen. Keiner sollte den anderen dominieren können. Und die Gerichte sind unabhängig und kontrollieren Parlament und Regierung.

Als Gesamtbild zeigt sich auch für die Regierung, bei sehr hohen und stabilen Legitimitätszuschreibungen, eine klaffende Lücke zwischen Performanz und Legitimität: Den Funktionen und Zielen einer demokratischen Regierung stimmen in Deutschland mehr als acht von zehn (83 Prozent) der Befragten zu. Das ist, gemeinsam mit dem Parlament und der Öffentlichkeit, der zweithöchste Legitimitätswert im Demokratiemonitor. Er liegt darüber hinaus noch einmal um 3 Prozentpunkte über dem Wert von 2019. Auf einer Skala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 7 (»stimme voll und ganz zu«) ergibt sich für die Legitimität der Regierung daraus ein sehr guter Wert in Höhe von 5,7. Das Regieren in der Praxis findet dagegen deutlich weniger Zustimmung. Dementsprechend schwächer fällt auch der Indexwert der Regierungsperformanz aus (4,0).

In der Gesamtbewertung zeigen sich immerhin etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent) überdurchschnittlich zufrieden mit dem Regieren in Deutschland. Für eine pluralistische Demokratie mit oft knappen Regierungsmehrheiten ist das kein schlechter Wert, auch wenn es im Modulvergleich des Demokratiemonitors der zweitschlechteste ist.

Auch bei der Gewaltenteilung zeigt sich ein Performanzdefizit wie in allen Modulen des Demokratiemonitors, hier ist es aber etwas geringer. Die Legitimitätswerte der Gewaltenteilung zeigen sich auf dem gewohnt hohen Niveau. Auch hier stimmen mehr als acht von zehn (82 Prozent) der Befragten den Werten und Funktionen der Gewaltengliederung zu. Der Wert hat sich gegenüber 2019 um noch einmal 3 Prozentpunkte verbessert. Auf der Skala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 7 (»stimme voll und ganz zu«) ergibt sich für die Gewaltenteilung ein Indexwert in Höhe von 5,8. Mit dem Zusammenspiel der Gewalten in der Praxis sind immerhin etwas mehr als ein Drittel (34 Prozent) der Befragten überdurchschnittlich zufrieden. Jeweils weitere 29 Prozent zeigen sich nur durchschnittlich oder unterdurchschnittlich zufrieden. Lediglich 8 Prozent sind vollkommen unzufrieden. Der Indexwert für die Performanzbewertung der Gewaltenteilung liegt bei 4,2.

Im Gesamtbild zeigen sich immerhin knapp sechs von zehn (58 Prozent) der Befragten zufrieden mit dem Zusammenwirken der Gewalten. Das ist der zweitbeste Gesamtwert aller Module, den die Gewaltengliederung sich mit den Bürgerrechten teilt.

BÜRGERRECHTE

Bürgerrechte gehören zu den Voraussetzungen von Demokratie. Ohne sie können Menschen Demokratie nicht leben. Erst eine angemessene Ausstattung mit individuellen Rechten, die gegenüber dem Staat auch durchgesetzt und gleichzeitig vom Staat geschützt werden, ermöglichen es dem Demos, die formellen und informellen Institutionen der Demokratie zu aktivieren und mit Leben zu füllen. Dazu gehören Abwehrrechte gegen staatliche Willkür ebenso wie individuelle Freiheitsrechte und soziale Grundrechte.

ÖFFENTLICHKEIT

Eine demokratische Öffentlichkeit umfasst wichtige Merkmale und Voraussetzungen von Demokratie: Meinungsfreiheit, unabhängige Medienberichterstattung und ein pluralistischer Diskurs, in dem sich alle Gruppen und Interessen der Gesellschaft artikulieren können, gehören ebenso dazu wie die Kontrolle der Politik durch die Medien und die Kontrolle der Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien durch staatliche Institutionen. Diese wiederum setzen eine unabhängige und auf die Werte der Demokratie verpflichtete Justiz voraus.

Auffällig im Modul Bürgerrechte sind die vergleichsweise guten Performanzwerte, die bei gleichzeitig guten Legitimitätswerten zur zweitbesten Gesamtbewertung eines Moduls im Demokratiemonitor führen:

Mehr als acht von zehn (81 Prozent) der Befragten stimmen der Legitimität einer angemessenen Ausstattung mit individuellen Bürgerrechten zu. Auf der Skala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 7 (»stimme voll und ganz zu«) liegt der Indexwert für die Bürgerrechte bei 5,9.

Nach den Wahlen (65 Prozent) liegt der Performanzwert für die Bürgerrechte mit 35 Prozent auf dem zweiten Platz aller acht Module des Demokratiemonitors. Immerhin etwas mehr als ein Drittel aller Befragten zeigen sich also überdurchschnittlich zufrieden mit dem Funktionieren der Bürgerrechte, weitere 25 Prozent bewerten ihr Funktionieren immerhin durchschnittlich. Auch die Zunahme des Performanzwertes gegenüber 2019 ist mit plus 4 Prozentpunkten bemerkenswert.

Im Gesamtbild liegen die Bürgerrechte mit einem Zufriedenheitswert von 58 Prozent gemeinsam mit der Gewaltenteilung auf Platz 2.

Geprägt ist das Gesamtbild auch im Modul Öffentlichkeit von einem Performanzdefizit. Die Performanzwerte fallen in allen abgefragten Kategorien geringer aus als die sehr hohen Legitimitätszuschreibungen: Mehr als acht von zehn (83 Prozent) der Befragten stimmen den neun Legitimitätskategorien überdurchschnittlich stark zu. Die Legitimitätswerte der Öffentlichkeit gehören damit zu den zweitbesten aller Module des Demokratiemonitors, gemeinsam mit dem Parlament und der Regierung. Auf der Skala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 7 (»stimme voll und ganz zu«) ergibt sich daraus ein Indexwert in Höhe von 5,8. Die Performanzwerte liegen mit nur 31 Prozent überdurchschnittlicher Zustimmung im unteren Mittelfeld des Modulvergleichs. Der Indexwert für das Funktionieren der Öffentlichkeit liegt bei 4,0.

Der Gesamtwert liegt mit 57 Prozent überdurchschnittlicher Zustimmung zur Legitimität und Performanz im oberen Mittelfeld des Modulvergleichs. Die Zunahme gegenüber 2019 um 1 Prozentpunkt bleibt marginal, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass sich eine von den Menschen wahrgenommene Erosion der demokratischen Öffentlichkeit im Demokratiemonitor nicht zeigt.

MODUL 1: WAHLEN

Zustimmung zur demokratischen Legitimität

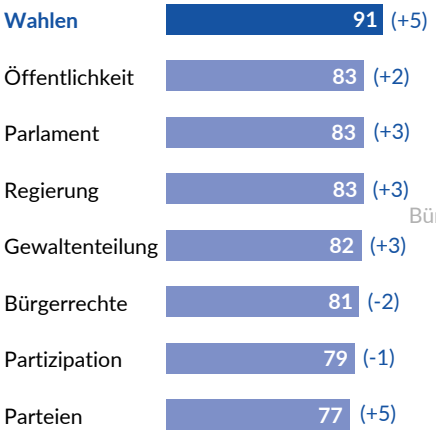


Abbildung 1.1: Zustimmungswerte 2025 in Prozent. Werte »stimme zu« (5–7 auf 7er-Skala) wurden addiert. Veränderungswerte zu 2019 in Prozentpunkten in Klammern.

Wahlen

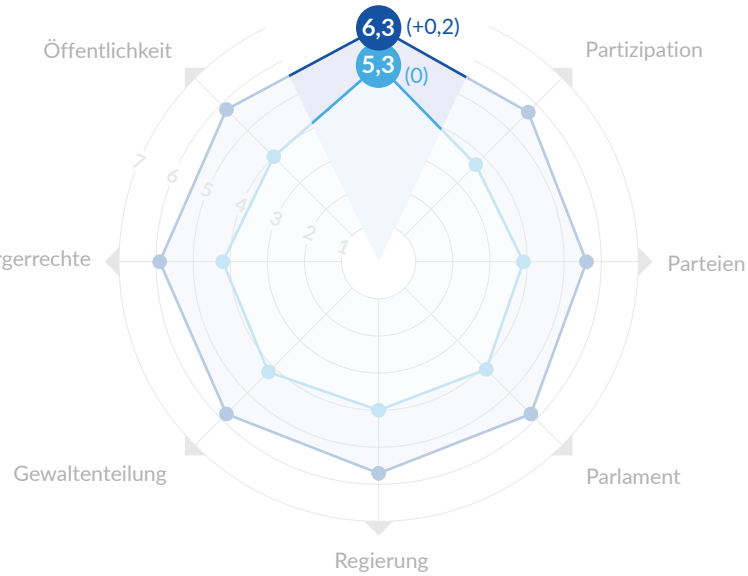


Abbildung 1.2: Indexwerte (Skala 1–7) für
● Legitimität und
● Performanz.
Veränderung gegenüber 2019 in Klammern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, eigene Berechnungen.

Ergebnisse im Überblick

Freie und faire Wahlen sind für das Funktionieren von Demokratien gar nicht zu überschätzen. Sie sind die wichtigste Grundlage für das Funktionieren demokratischer Systeme. Ohne freie und faire Wahlen ist Demokratie nur schwer vorstellbar. Die Verankerung der Werte demokratisch legitimer Wahlen in den Überzeugungen und Einstellungen der Menschen ist deshalb für die Stabilität und Resilienz einer Demokratie von ebenso zentraler Bedeutung wie das Funktionieren der Wahlen in der Praxis.

Aber wie stark sind die Werte, Ziele und Voraussetzungen freier und fairer Wahlen in der politischen Kultur Deutschlands verankert (= Legitimität)? Wie beurteilen die Menschen das Funktionieren der Wahlen in Deutschland (= Performanz)? Und welches Gesamturteil für die Verankerung freier und fairer Wahlen in der politischen Kultur Deutschlands ergibt sich daraus? Zusammenfassend zeigt sich: Die Legitimitäts- und Performanzwerte für Wahlen erreichen im Demokratiemonitor Spitzenwerte:

Mehr als neun von zehn (91 Prozent) aller Befragten stimmen den Grundwerten demokratisch legitimer Wahlen zu. Auf der Befragungsskala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 7 (»stimme voll und ganz zu«) ergibt sich für die Legitimität von Wahlen in Deutschland daraus ein aggregierter Indexwert in Höhe von 6,3.

Auch bei den Performanzwerten liegen die Wahlen mit deutlichem Abstand zu allen anderen Modulen des Demokratiemonitors an der Spitze: Fast zwei Drittel (65 Prozent) aller Befragten sind mit dem Funktionieren der Wahlen zufrieden (Indexwert 5,3).

In der Gesamtbewertung stimmen fast acht von zehn (78 Prozent) aller Befragten den Werten demokratischer Wahlen zu und sind gleichzeitig mit ihrem Funktionieren in der Praxis überdurchschnittlich zufrieden. Freie und faire Wahlen sind damit fest in der politischen Kultur der Deutschen verankert. Ihr Wert und ihr Funktionieren werden nur von einer verschwindend kleinen Minderheit infrage gestellt.

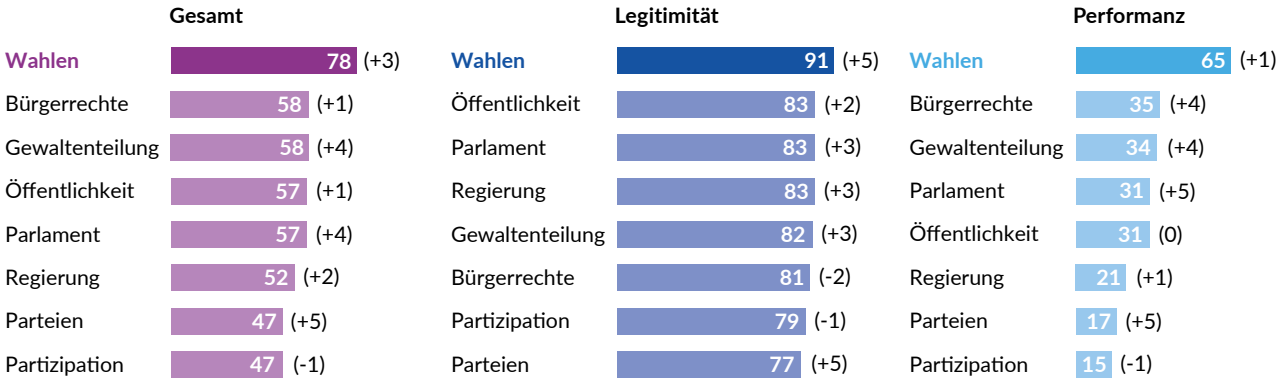
Legitimität

Die Zustimmung zu den Werten freier und fairer Wahlen hat sich zwischen 2019 und 2025 sogar noch einmal um 5 Prozentpunkte von 86 auf jetzt 91 Prozent verbessert. Nur eine:r von hundert Befragten (1 Prozent) stimmt diesen Werten überhaupt nicht zu, und nur vier von zehn (40 Prozent) stimmen ihnen nur unterdurchschnittlich stark zu. Die zahlreichen Anfechtungen demokratischer Wahlen in vielen Ländern hat in Deutschland also nicht zu einer Beschädigung der hohen Wertschätzung demokratischer Wahlen geführt. Im Gegenteil: Die Wertschätzung hat sich auf dem ohnehin schon hohen Niveau nicht nur stabilisiert, sondern noch einmal verbreitert und verfestigt.

Im Vergleich ist der Legitimitätswert im Wahlmodul der beste aller acht Module des Demokratiemonitors. Er liegt 8 Prozentpunkte höher als beim zweitplatzierten Modul Öffentlichkeit (83 Prozent) und 14 Prozentpunkte über dem letztplatzierten Modul Parteien (77 Prozent). Darüber hinaus zeigt sich bei der Legitimität von Wahlen nur eine einzige sehr moderate Abweichung nach unten. Einer möglichst uneingeschränkten Freiheit des passiven Wahlrechts stimmen lediglich 69 Prozent aller Befragten zu. In acht von neun Fällen liegen die Zustimmungswerte dagegen nur leicht unter- oder oberhalb von 90 Prozent. Den Spitzenwert von 95 Prozent Zustimmung erreicht die Forderung nach rechtmäßigen Wahlverfahren und einer fairen Organisation von Wahlen. Auch das zeigt im Gesamtbild noch einmal die breite und tiefe Verankerung demokratisch legitimierter Wahlen in der politischen Kultur der Deutschen.

ABBILDUNG 1.3 **Wahlen – Gesamt, Legitimität und Performanz**

Werte 2025 in Prozent, Veränderungswerte zu 2019 (in Klammern) in Prozentpunkten



Anmerkung: Durchschnittliche Zustimmungswerte. Werte »stimme zu« (7er-Skala: 5–7) wurden addiert.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, eigene Berechnungen.

Performanz

Auch die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Wahlen hat sich gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019 leicht verbessert (+1 Prozentpunkt). Nur sechs von hundert Befragten (6 Prozent) sind mit der Praxis der Wahlen in Deutschland derzeit überhaupt nicht zufrieden, und nur etwa ein Sechstel (16 Prozent) ist nur unterdurchschnittlich zufrieden.

Im Vergleich der acht Module erzielen die Wahlen damit auch bei der Performanzbewertung den Spitzenwert. Im Vergleich zur Zufriedenheit mit der Partizipation (15 Prozent) und den Parteien (17 Prozent) sind etwa viermal so viele Menschen mit dem Funktionieren der Wahlen zufrieden. Im Vergleich zur Zufriedenheit mit dem Regieren (21 Prozent) sind es dreimal so viele und im Vergleich zu den Performanzbewertungen der Öffentlichkeit (31 Prozent), des Parlaments (31 Prozent), der Gewaltenteilung (34 Prozent) und der Bürgerrechte (35 Prozent) immerhin noch jeweils etwa doppelt so viele.

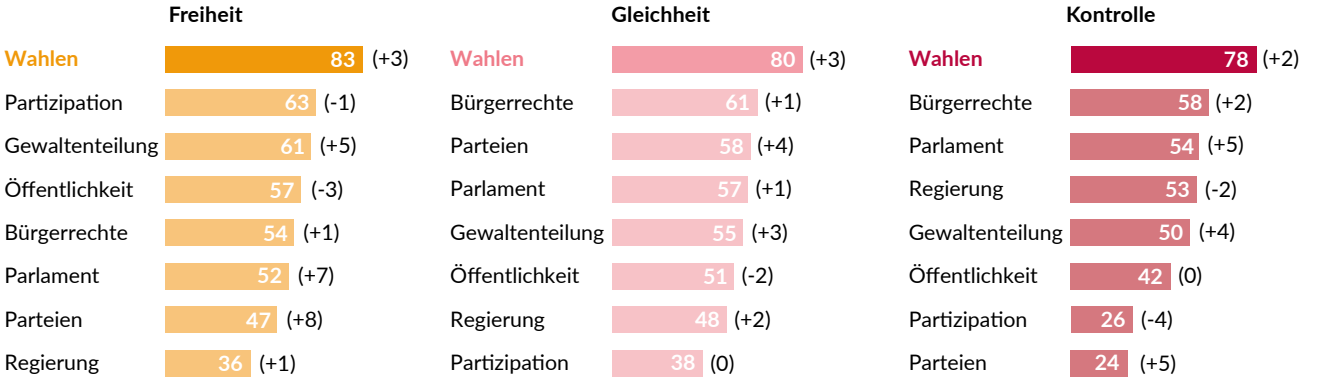
Bei den insgesamt neun abgefragten Performanzkategorien liegt die Bandbreite der Zustimmungswerte zwischen 61 und 85 Prozent. Hier liegt also kein wirklicher Ausreißer nach unten vor, und selbst bei der schlechtesten Performanzbewertung stimmen immer noch mehr als sechs von zehn Befragten zu, dass die Wahlen in Deutschland so funktionieren, wie sie sollten.

Lücke zwischen Performanz und Legitimität

Im Vergleich zur Legitimitätsbewertung fällt die Performanzbewertung der Wahlen dennoch um 26 Prozentpunkte schlechter aus. Vergleichsweise ist das zwar die geringste Differenz aller acht Module des Demokratiemonitors. Dennoch zeigt sich auch bei den Wahlen ein substanzielles Performanzdefizit. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Wahlen fällt schlechter aus als ihre Legitimitätswerte. Unzufrieden mit der Wahlpraxis sind auch nicht nur diejenigen, die die Werte demokratisch legitimer Wahlen ohnehin nicht teilen. Auch von denjenigen, die den Werten demokratischer Wahlen überdurchschnittlich stark zustimmen, sind viele unzufrieden mit ihrem Funktionieren. Das ist die Gruppe der kritischen Demokrat:innen, deren Wertschätzung demokratischer Wahlen sich mit einem

ABBILDUNG 1.4 **Wahlen – Freiheit, Gleichheit und Kontrolle**

Werte 2025 in Prozent, Veränderungswerte zu 2019 (in Klammern) in Prozentpunkten



Anmerkung: Durchschnittliche Zustimmungswerte. Werte »stimme zu« (7er-Skala: 5–7) wurden addiert.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, eigene Berechnungen.

kritischen Blick auf ihr praktisches Funktionieren im demokratischen Alltag verbindet.

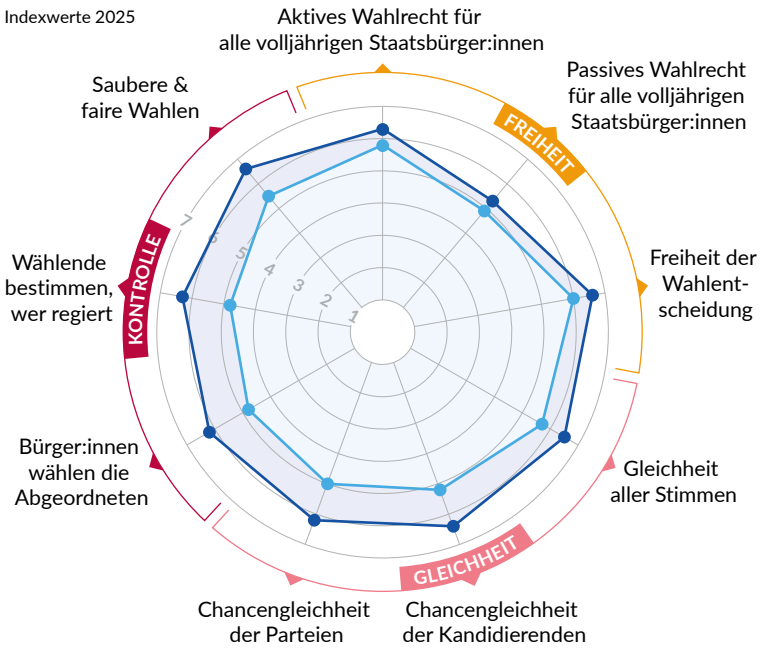
Die im Zeitverlauf mehr als stabilen Legitimitätswerte zeigen aber sehr deutlich, dass die verbleibende Unzufriedenheit mit der Wahlpraxis bisher nicht dazu geführt hat, die Akzeptanz und Legitimität demokratischer Wahlen zu beschädigen. Von den 36 Prozent derjenigen, die im Jahr 2019 mit dem Funktionieren der Wahlen nur durchschnittlich oder unterdurchschnittlich zufrieden waren, haben die meisten der Legitimität demokratischer Wahlen auch 2025 wieder überdurchschnittlich stark zugestimmt. Ihre Unzufriedenheit mit der Wahlpraxis hat also gerade nicht dazu geführt, ihre Zustimmung zu den Werten demokratisch legitimer Wahlen zu beschädigen. Auch die mit der Wahlpraxis eher Unzufriedenen bleiben insofern gute und zuverlässige Demokrat:innen. Deshalb gilt: Eine Krise der Wahldemokratie gibt es in Deutschland nicht. Demokratische Wahlen bleiben tief in der politischen Kultur der Deutschen verankert, und die moderate und vergleichsweise geringe Unzufriedenheit mit ihrem Funktionieren stellt dieses stabile Fundament unserer Wahldemokratie nicht infrage.

Stärken und Schwächen

Das heißt aber nicht, dass es nicht auch im Wahlmodul einzelne Stärken und Schwächen gibt. Vor allem die vorhandenen Schwächen können Hinweise darauf geben, wo und in welche Richtung ein demokratiepolitischer Handlungsbedarf besteht, um das stabile Fundament unserer Wahlen zu sichern und noch weiter zu befestigen.

Dabei fallen zunächst die etwas schlechteren Werte der Dimension Kontrolle auf. Das ist für repräsentative Demokratien ein zunächst durchaus erwartbares Muster. Die Bürger:innen regieren in der repräsentativen Demokratie nicht selbst, sondern indirekt durch

ABBILDUNG 1.5 **Wahlen – Indexwerte**



Anmerkung: Indexwert für ● Legitimität und ● Performanz (Skala 1–7).

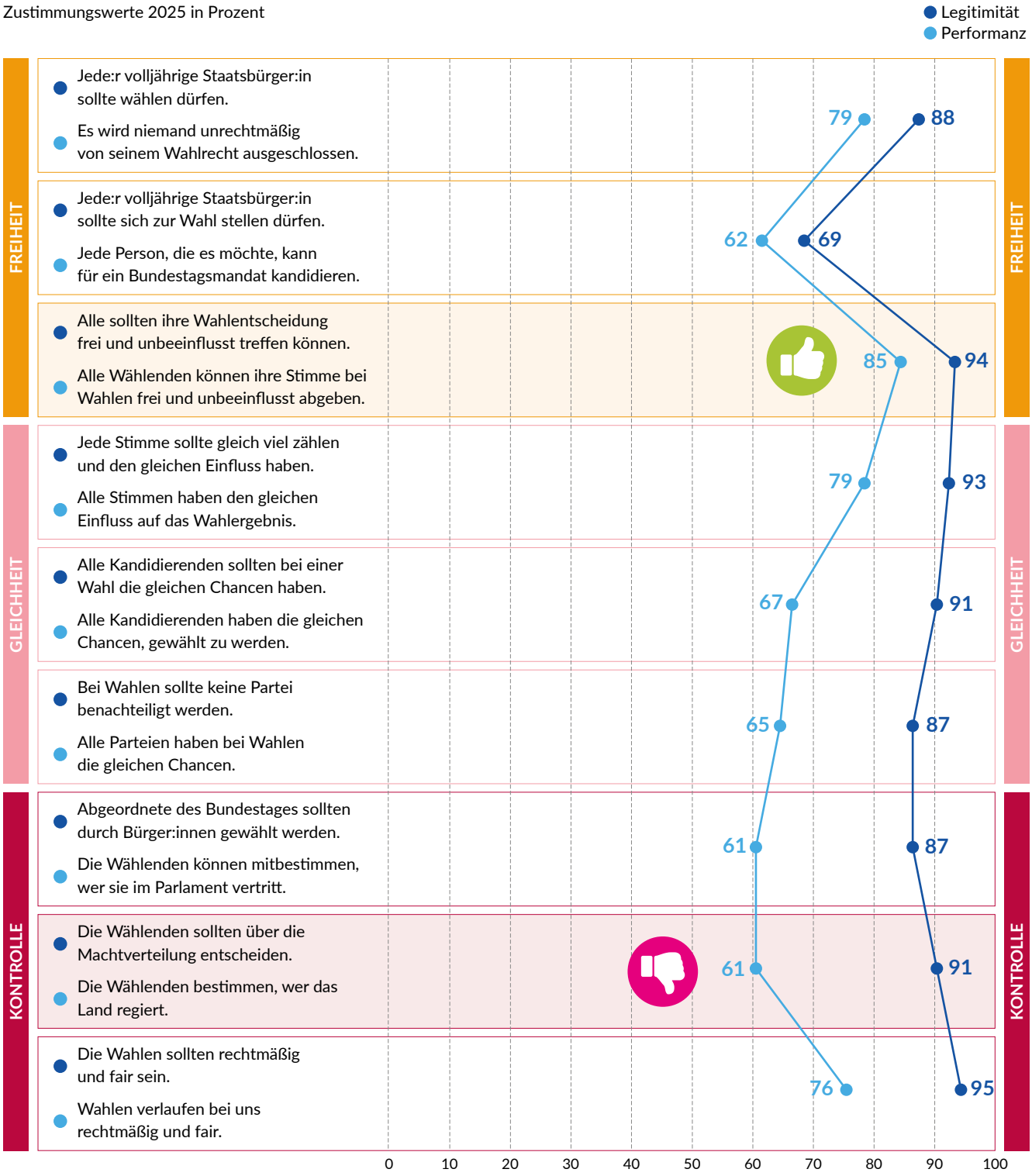
Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, eigene Berechnungen.

ihre gewählten Repräsentant:innen. Und mit Blick auf dieses immanente Kontrolldefizit repräsentativer Demokratien fallen die gemessenen Differenzen zwischen den drei Dimensionen sogar eher gering aus. Im Zeitvergleich der Jahre 2019/2025 zeigen sich darüber hinaus für alle drei Dimensionen leichte Verbesserungen der Zustimmungswerte, in den Dimensionen Freiheit und Gleichheit um jeweils 3 Prozentpunkte und in der Dimension Kontrolle um immerhin 2 Prozentpunkte.

Dennoch zeigen sich in der Detailanalyse der einzelnen Bewertungskategorien vor allem sechs Stärken und Schwächen, die im Wahlmodul auffallen. Sie können das positive Gesamtbild des Stärken-Schwächen-Profils im Wahlmodul aber nicht trüben. Die einzige Delle im Gesamtprofil zeigt sich beim passiven Wahlrecht, bei dem die Legitimitäts- und Performanzwerte etwas schwächer ausfallen.

ABBILDUNG 1.6 **Wahlen – Legitimität und Performanz 2025**

Zustimmungswerte 2025 in Prozent



Anmerkung: Werte »stimme zu« (7er-Skala: 5–7) wurden addiert.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, eigene Berechnungen.

Die Wahlen sind frei – und sollen es bleiben!

Freie Wahlen sind für die Deutschen ein hoher Wert. Fast alle Befragten (95 Prozent) stimmen der Aussage zu, dass bei Wahlen alle Wählenden das Recht haben sollten, ihre Stimme frei und unbeeinflusst abzugeben. Lediglich etwa fünf von hundert (5 Prozent) stimmen dem nur etwas schwächer zu, und es gibt in Deutschland niemanden, der dem Wert freier und unbeeinflusster Wahlen überhaupt nicht zustimmt. Im Jahr 2019 lag die Zustimmung sogar bei 97 Prozent.

WAHLEN

Die freie Stimmabgabe bei Wahlen ist für fast alle Menschen in Deutschland (95 Prozent) ein wichtiger Wert. Fast genauso viele (85 Prozent) sind der Meinung, dass die Wahlen in Deutschland dem auch gerecht werden.

Ähnliches gilt auch für die sehr gute Performanzbewertung freier Wahlen in Deutschland. Auch hier ist eine übergroße Mehrheit (85 Prozent) der Befragten der Meinung, dass bei Wahlen in Deutschland die Wählenden ihre Stimme auch tatsächlich frei und unbeeinflusst abgeben können. Allerdings stimmen hier nur etwas mehr als die Hälfte (53 Prozent) voll und ganz zu. Auch der Anteil derjenigen, die überhaupt nicht (2 Prozent) oder nur unterdurchschnittlich zustimmen (7 Prozent), hat gegenüber 2019 leicht zugenommen, bleibt aber insgesamt auf einem sehr geringen Niveau. Nur eine sehr kleine Minderheit hegt Zweifel an der freien Stimmabgabe bei Wahlen.

Insgesamt ergibt sich daraus ein äußerst stabiles und belastbares Fundament für den Wert und die Praxis freier Wahlen in Deutschland.

Partizipatives Kontrolldefizit (I): Wer wählt die Regierung?

Etwa neun von zehn (91 Prozent) aller Menschen in Deutschland stimmen zu, dass in unserer Demokratie die Wählenden durch ihre Wahlentscheidungen über die Verteilung der politischen Macht entscheiden sollten. Gleichzeitig sind aber lediglich etwa sechs von zehn (61 Prozent) der Meinung, dass in Deutschland tatsächlich die Wählenden darüber bestimmen, wer das Land regiert. Das zeigt eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Viele Menschen verspüren auch hier ein partizipatives Kontrolldefizit. Ihre Stimmabgabe bewirkt ihrer Meinung nach zu wenig. Sie wünschen sich einen größeren und direkteren Einfluss darauf, wer das Land regiert.

WAHLEN

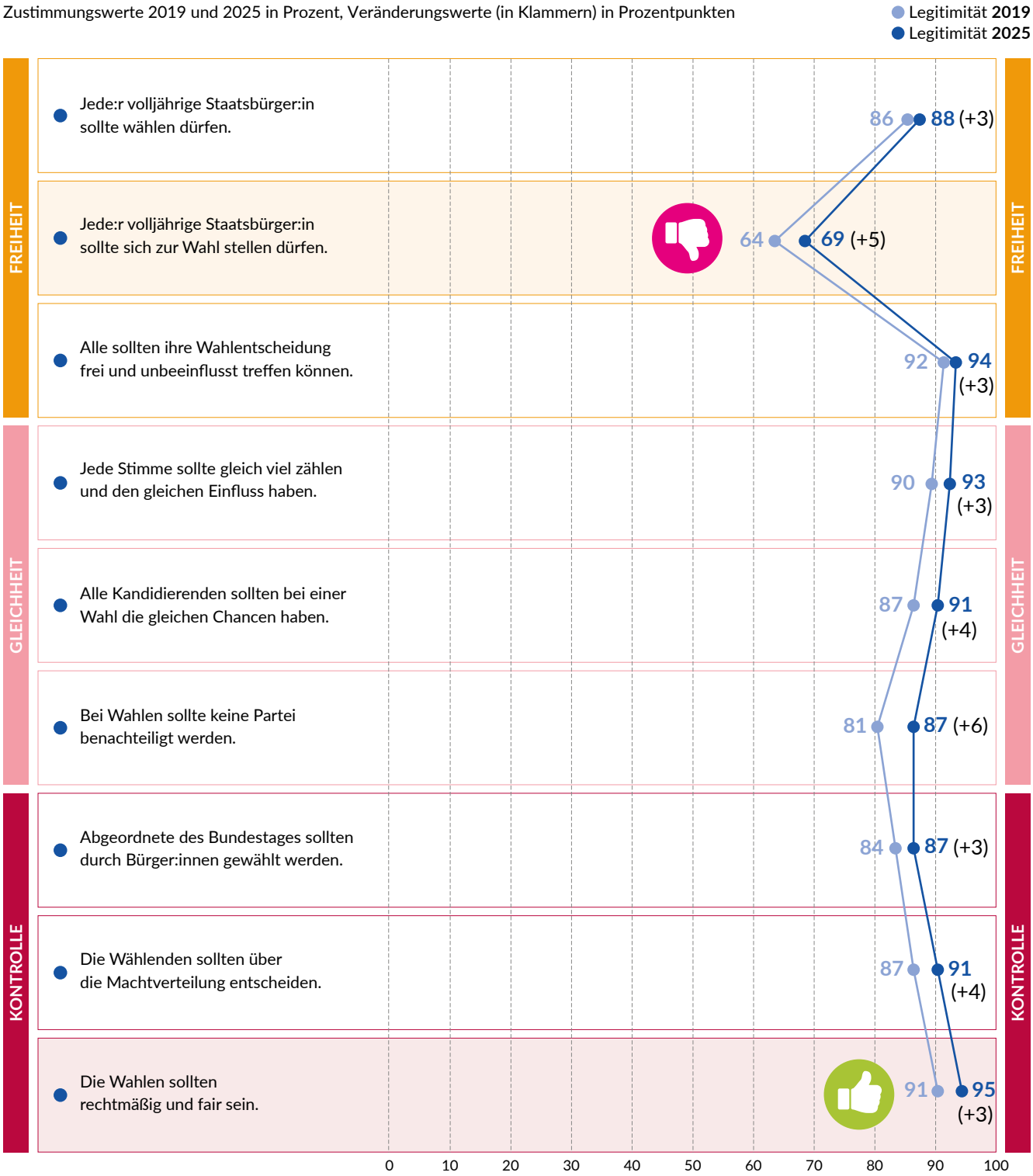
91 Prozent der Menschen wünschen die Verteilung politischer Macht durch Wahlen.
Nur 61 Prozent sind aber der Meinung, dass das in Deutschland so ist. Eine stärkere Personalisierung der Wahlen könnte helfen.

Aber ist dieser Wunsch in Deutschland erfüllbar? Die Regierung wird in unserem parlamentarischen Regierungssystem nicht direkt vom Volk gewählt, sondern vom Bundestag. Der Einfluss der Wählenden beschränkt sich auf die Zusammensetzung des Bundestages. Das unterscheidet unser parlamentarisches Regierungssystem von einem präsidentiellen System, in dem die Regierungschefin / der Regierungschef direkt vom Volk gewählt wird.

Dennoch könnte auch im parlamentarischen System der direkte Einfluss der Wählenden verbessert werden, z. B. durch eine stärkere Personalisierung der Wahlen und Mitbestimmung bei der Kandidierendenaufstellung.

ABBILDUNG 1.7 **Wahlen – Legitimität: Veränderung 2025 zu 2019**

Zustimmungswerte 2019 und 2025 in Prozent, Veränderungswerte (in Klammern) in Prozentpunkten



Anmerkung: Werte »stimme zu« (7er-Skala: 5–7) wurden addiert.
Rundungsbedingt sind bei den Veränderungswerten Abweichungen möglich.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, eigene Berechnungen.

Die Wahlen sind fair – und sollen es bleiben!

Genauso wie die Freiheit ist auch die Fairness der Wahlen für nahezu alle Menschen in Deutschland ein hoher Wert. Fast alle (95 Prozent) stimmen zu, dass die Wahlverfahren und die Wahlorganisation rechtmäßig und fair sein sollten. Niemand ist der Meinung, dass solle nicht so sein, und lediglich fünf von hundert stimmen der Fairness von Wahlen nur etwas schwächer zu als die übergroße Mehrheit. Das zeigt: Die Notwendigkeit und der Wert fairer Wahlen sind, anders als beispielsweise in den USA, in Deutschland nicht umstritten. Damit ist eine Grundbedingung funktionierender Demokratie erfüllt.

WAHLEN

Fast alle Befragten (95 Prozent) in Deutschland wünschen sich rechtmäßige und faire Wahlen. Das zeigt einen Fairnesskonsens, der durch eine schnellere und von vornherein gerichtliche Wahlprüfung bewahrt und gestärkt werden könnte.

Umso sorgfältiger sollte mit diesem Konsens für faire Wahlen umgegangen werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Wahlprüfung, die in Deutschland erstinstanzlich dem Deutschen Bundestag selbst obliegt. In Zeiten erhöhter parteipolitischer Polarisierung könnte das zu einem Akzeptanzproblem werden. Das zeigen auch die leicht rückläufigen Performanzwerte für rechtmäßige und faire Wahlen, die sich 2025 um immerhin 9 Prozentpunkte von 85 auf 76 Prozent verschlechtert haben. Eine schnellere und von vornherein gerichtliche Wahlprüfung könnte einer weiteren Verschlechterung vorbeugen und den bestehenden Fairnesskonsens stärken. Wie wichtig ein solcher Konsens gerade zwischen den Parteien ist, zeigen die Entwicklungen in den USA.

Normatives Freiheitsdefizit (I): Das passive Wahlrecht

Der Ausreißer nach unten bei den Legitimitätskategorien ist das passive Wahlrecht. Nur 69 Prozent aller Befragten stimmen der Aussage zu, dass alle, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und mindestens 18 Jahre alt sind, auch die Möglichkeit haben sollten, für ein Bundestagsmandat zu kandidieren. Immerhin 7 Prozent stimmen der Aussage überhaupt nicht zu, lehnen ein möglichst freies passives Wahlrecht also ab, und etwa jede:r Sechste (16 Prozent) stimmt nur unterdurchschnittlich zu. Insgesamt stimmt fast ein Drittel einem möglichst freien passiven Wahlrecht nicht zu.

WAHLEN

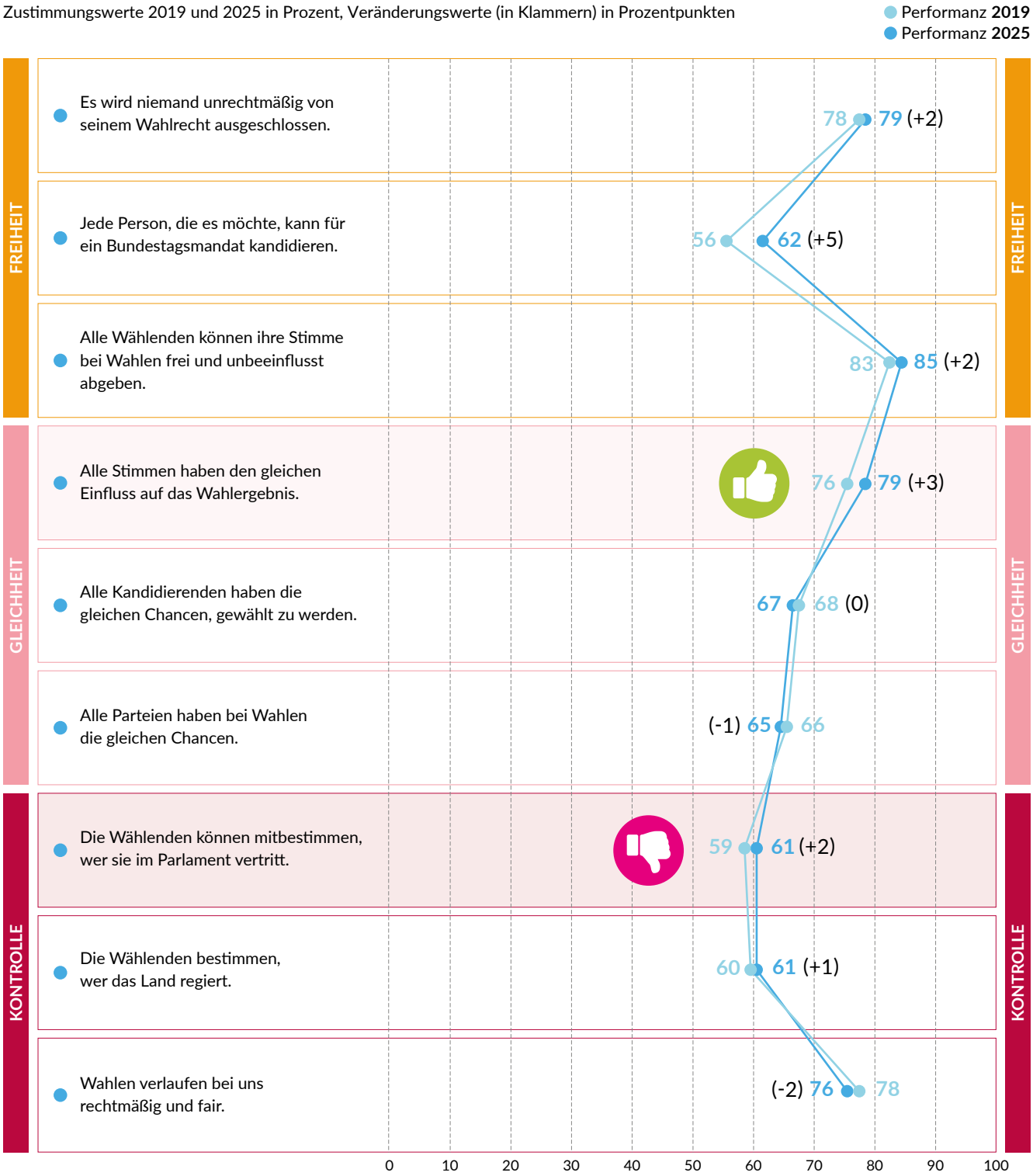
Nur 69 Prozent stimmen einem möglichst freien passiven Wahlrecht zu. Das spiegelt die Dominanz der Parteien bei der Kandidatenkür sowie die Unterschätzung unabhängiger Kandidaturen und verweist auf ein normatives Freiheitsdefizit.

Woran liegt das? Ein Grund könnte sein, dass viele Befragte die Dominanz der Parteien bei der Auswahl und Nominierung von Kandidierenden als eine Art faktische Norm verinnerlicht haben. Das übersieht aber die Legitimität unabhängiger Kandidaturen, die in Deutschland verfassungsrechtlich nicht nur vorgesehen sind, sondern sogar einen besonderen Schutz genießen.

Ein anderer Grund könnte das illiberale Vorurteil sein, dass nicht »jede:r« und schon gar nicht »die Falschen« für den Bundestag kandidieren sollten. Dann könnten auch die geringen Zustimmungswerte beim passiven Wahlrecht als ein normatives Freiheitsdefizit interpretiert werden, das sich auch in anderen Modulen des Demokratiemonitors zeigt.

ABBILDUNG 1.8 **Wahlen – Performanz: Veränderung 2025 zu 2019**

Zustimmungswerte 2019 und 2025 in Prozent, Veränderungswerte (in Klammern) in Prozentpunkten



Anmerkung: Werte »stimme zu« (7er-Skala: 5–7) wurden addiert.
Rundungsbedingt sind bei den Veränderungswerten Abweichungen möglich.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, eigene Berechnungen.

Hohe Zustimmungswerte für die Gleichheit der Wahlen

Dass jede Stimme bei Wahlen gleich viel zählen soll, dem stimmen fast alle Befragten (93 Prozent) zu. Gleichzeitig stimmen fast acht von zehn (79 Prozent) zu, dass das in Deutschland bei Wahlen auch tatsächlich so ist, dass also alle Stimmen gleich viel zählen und den gleichen Einfluss auf das Wahlergebnis haben. Das ist der zweitbeste Performanzwert im Wahlmodul und zeigt, dass die Gleichheit aller Stimmen für die übergroße Mehrheit der Deutschen ein sehr hoher Wert ist.

WAHLEN

Die Gleichheit aller Stimmen ist in der politischen Wahlkultur der Deutschen tief verankert. Alle Stimmen sollen gleich viel zählen. Dem dient auch die Abschaffung gleichheits- und proporzverzerrender Überhangmandate.

Darin spiegeln sich auch die Werte des sehr gleichheitssensiblen Verhältniswahlsystems, das seit mehr als 100 Jahren die Wahlkultur in Deutschland stark prägt.

Im Unterschied zu Mehrheitswahlsystemen stehen bei der Verhältniswahl die Gleichheit der Stimmen und die proportionale Gerechtigkeit der Mandatsverteilung im Verhältnis zum Stimmenanteil im Mittelpunkt. Jede Stimme soll gleich viel zählen und nicht zur Erreichung anderer wahlpolitischer Ziele verzerrt werden. Im langjährigen Streit um die gleichheits- und proporzverzerrenden Überhangmandate im Bundestagswahlrecht ist mit der Wahlrechtsreform 2023 diese Gleichheitsnorm gestärkt und das Wahlrecht der tief verankerten Gleichheitsnorm weiter angepasst worden – ein Fortschritt, der durch eine weitere »Reform der Reform« nicht wieder verspielt werden sollte.

Partizipatives Kontrolldefizit (II): Personalisierung der Wahlen

Fast neun von zehn (87 Prozent) der Befragten wünschen sich, dass die Abgeordneten des Bundestages durch die Bürger:innnen gewählt werden. Aber nur etwa sechs von zehn (61 Prozent) sind der Meinung, dass das auch wirklich so ist, dass also die Wählenden selbst darüber bestimmen, wer sie im Bundestag vertritt.

Erneut macht sich hier die Dominanz der Parteien bemerkbar, die Kür und Nominierung der Kandidaturen für sich monopolisiert haben. Ein Mitspracherecht der Wahlbürger:innen gibt es dabei nicht. Sowohl die Listenaufstellung der Landesverbände wie auch die Aufstellung der Direktkandidierenden in den Wahlkreisen wird ausschließlich von Parteigremien wahrgenommen. Wer in Deutschland kein Parteimitglied ist, bleibt außen vor. Noch nicht einmal auf die Reihenfolge der Parteikandidat:innen haben die Wahlbürger:innen einen direkten Einfluss.

WAHLEN

Viele Menschen in Deutschland wünschen sich mehr Einfluss darauf, wer sie im Bundestag vertritt. Gefordert wäre eine stärkere Personalisierung der Wahlen, sowohl auf den Landeslisten der Parteien wie auch vor Ort im Wahlkreis.

Auch das verweist auf ein von vielen Menschen empfundenes partizipatives Kontrolldefizit, in diesem Fall über das Personal, das uns als Abgeordnete im Bundestag vertritt. Was ließe sich dagegen tun? Mehr Wahlmöglichkeiten bei der Auswahl der Kandidierenden würden zu einer stärkeren Personalisierung der Wahlen führen und könnten so die Performanzwerte im Wahlmodul stärken.